



Landtagswahl in Bayern 2013, Teil 6

# **BayernLB bleibt ein Risiko für den Staatshaushalt, Zinszahlungen durch Einschnitte im Sozialen erwirtschaftet, Bildungsexpansion vorgetäuscht, Schuldentilgung gefaked**

Strategien der CSU, die politischen und finanziellen Folgen des Landesbank-Desasters zu verschleiern, zu verschleppen und anderen aufzuhalsen

Das Ausmaß des gesamten Desasters wird systematisch vertuscht – Trick 6.....	2
Die Zinszahlungen für den Milliardenkredit an die Landesbank werden möglichst unmerklich durch unsoziale Umschichtungen im Landeshaushalt ermöglicht – Trick 7.....	2
Eine Bildungsexpansion wird vorgetäuscht, es fehlen immer noch Lehrer_innen und Gelder für die Schulsanierung – Trick 8.....	4
Die Schuldentilgung erfolgt nicht aus laufenden Mitteln sondern aus Rücklagen – Trick 9.....	5

**Im vorigen Artikel, Teil 5 dieser Serie, haben wir begonnen, die Strategien der CSU und auch der FDP zu analysieren, die politischen und finanziellen Folgen des Landesbank-Desasters zu verschleiern, zu verschleppen und anderen aufzuhalsen. Wir setzen diese Analyse hier fort.**

## Das Ausmaß des gesamten Desasters wird systematisch vertuscht – Trick 6

Bereits in seinem Jahresbericht für 2010 stellte der Bayerische Oberste Rechnungshof beängstigende weitere Risiken in Höhe von fast fünf Milliarden Euro fest. Der Bayerische Rundfunk berichtete:

Jahresbericht des Rechnungshofs

BayernLB bleibt ein Risiko für den Staatshaushalt

Es klingt beängstigend: Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) sieht in Sachen Landesbank ein gestiegenes Risiko für den Freistaat. Laut Jahresbericht 2010 wächst die Gefahr, dass staatliche Garantien in Anspruch genommen werden müssen. Hinzu kommen unkalkulierbare Folgen der Euro-Krise.

Stand: 07.12.2010

Grund für die Schwierigkeiten bei der BayernLB sind massive Ratingverschlechterungen. Durch umfangreiche Laufzeitverlängerungen könne der Staatshaushalt noch viele Jahre länger belastet werden, heißt es. Der Freistaat hat neben der Kapitalspritze von zehn Milliarden Euro auch noch Garantien zur Absicherung von ABS-Papieren ... in Höhe von bis zu 4,8 Milliarden Euro übernommen.

Außerdem heißt es vom Rechnungshof: Wie der Zehn-Milliarden-Euro-Kredit, der für die Rettung der BayernLB aufgenommen worden sei, getilgt werden solle, sei nach wie vor offen.

Hintergrund: Was sind ABS-Papiere?

ABS steht als englische Abkürzung für durch Forderungen (Asset) gedeckte (Backed) Wertpapiere (Securities). Mit Hilfe dieser Wertpapier-Klasse können Forderungen gebündelt, in Risikoklassen aufgeteilt und handelbar gemacht werden.

So landeten US-Hypotheken bei Investoren überall auf der Welt. Als die Bauherren ihre Kredite reihenweise nicht mehr zurückzahlen konnten, verloren diese Wertpapiere dramatisch an Wert.

Die BayernLB hatte rund 30 Milliarden Euro in US-Wertpapieren angelegt, bisher ist dabei ein Schaden von 300 Millionen Euro entstanden. Allerdings gehen Experten davon aus, dass sich diese Summe noch auf mehrere Milliarden Euro erhöhen wird. ...<sup>1</sup>

Wohl gemerkt, diese Milliardenabsicherung in Höhe von 4,8 Milliarden Euro kommt zu den 10 Milliarden hinzu, die die bayerische Staatsregierung in die Landesbank zugeschossen hat. Und sie kommt zu den Verlusten hinzu, die dem Staatshaushalt durch den Kauf der Hypo Alpe Adria entstanden, und die ebenfalls in Milliardenhöhe weiter grassieren. Wann all diese Hypotheken auf die Zukunft real auf den Staatshaushalt durchschlagen und für die Bürger spürbar werden, dürften nur Insidern ahnen. Auf jeden Fall erfährt man vor den Landtagswahlen mit Sicherheit nichts.

## Die Zinszahlungen für den Milliardenkredit an die Landesbank werden möglichst unmerklich durch unsoziale Umschichtungen im Landeshaushalt ermöglicht – Trick 7

Beim Beschluss des Doppelhaushalts für 2011 und 2012 zeigte sich, dass die Zinslast, die auch dem Milliardenkredit an die Landesbank geschuldet ist, zu Einschnitten im Sozialen und bei der Bildung führte. Dass das Investitionsprogramm unter dem großspurigen Namen „Aufbruch Bayern“ durch Streichung der Tarifierhöhung für die Beamten finanziert wurde und dass kein Geld für die Finanzierung der Energiewende eingeplant wurde. Die Süddeutsche schreibt im April 2011:

---

<sup>1</sup> „Jahresbericht des Rechnungshofs: BayernLB bleibt ein Risiko für den Staatshaushalt | Aktuell | BR“, 07-Dez-2010. [Online]. Verfügbar unter: <http://www.br-online.de/aktuell/rechnungshof-jahresbericht-2010-ID1291711952994.xml>. [Zugegriffen: 07-Dez-2010].



**Markus Söder (CSU), Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Juli 2012. Schlag in der Debatte um die bessere Integration von Einwanderern vor, in den bayerischen Schulen regelmäßig die deutsche Nationalhymne zu singen. Am 26. Oktober 2012 wurde bekannt, dass die Sprecherin von Söder, Ulrike Strauß, den Bayerischen Rundfunk für einen Beitrag telefonisch gerügt hatte, weil dieser einen ihrer Ansicht nach negativen Tenor über den damaligen Umweltminister Söder enthielte. Laut der Aussage von Strauß habe sie dieses Telefonat ohne Wissen Söders durchgeführt. Der Beitrag wurde nicht gesendet, laut des Bayerischen Rundfunks jedoch nicht wegen der Intervention. Am 3. November 2012 schrieb Spiegel Online, dass Söder in seiner Zeit als Generalsekretär von 2003 bis 2007 mehrfach versucht haben soll, auf die Berichterstattung des ZDF Einfluss zu nehmen; unter anderem sei deswegen ein Anruf beim ZDF-Intendanten Markus Schächter erfolgt. Söder war zu dieser Zeit Mitglied des ZDF-Fernsehrats. Dabei habe Söder auch versucht, Einfluss auf die Gästelisten im ZDF-Morgenmagazin und in der politischen Talkshow Maybrit Illner zu nehmen.** Nach Wikipedia, Foto: Gerd Seidel (Rob Irgendwer) CC BY-SA 3.0

Die Opposition bemängelte unter anderem Einschnitte im Sozialen und hätte sich mehr Geld für Bildung und Forschung gewünscht. ...

Durch Umschichtungen im Haushalt leistet sich die schwarz-gelbe Staatsregierung ein mit mehr als einer Milliarde ausgestattete Investitionsprogramm unter dem Namen „Aufbruch Bayern“. Dafür spart sich die Staatsregierung die Tariferhöhung für die Beamten. ...

Alle Oppositionsparteien erinnerten bei den Haushaltsberatungen daran, dass die Rettung der bayerischen Landesbank noch immer den Etat belastet, weil allein im Doppelhaushalt insgesamt fast 700 Millionen Euro für Zinsen bereitgestellt werden müssten. Hubert Aiwanger, Fraktionschef der Freien Wähler sagte, die CSU-geführte Vorgängerregierung habe quasi lasterweise Gold „in die Salzach gekippt“.

Angesichts der von Schwarz-Gelb in München und Berlin breit angekündigten Energiewende, kritisierte die Opposition, dass die Staatsregierung im Doppelhaushalt kein Geld für die Finanzierung eingeplant hat. „Absolute Fehlanzeige“, sagte der Grünen-Abgeordnete Christian Magerl bei der Schlussdebatte über den Etat von Umweltminister Markus Söder (CSU). Die Opposition kritisierte auch, dass der Umweltaetat bis Ende 2012 um fast 100 Millionen Euro gekürzt wird – von 844 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 748 Millionen Euro im Jahr 2012.<sup>2</sup>

## **Eine Bildungsexpansion wird vorgetäuscht, es fehlen immer noch**

### **Lehrer\_innen und Gelder für die Schulsanierung – Trick 8**

Finanzminister Söder überschlägt sich dabei, einen Haushalt zu zelebrieren, der auf das Jahr 2013 getrimmt ist und auf Basis sprudelnde Steuereinnahmen tatsächlich auf breiter Front zulegt. Der Doppelhaushalt 2013/2014 zielt tatsächlich auf das Wahljahr, 2014 ist schon nicht mehr gesichert.

Volkmar Halbleib, Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt der SPD-Landtagsfraktion und deren stellvertretender Vorsitzender sowie stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, rechnete der CSU in der vergangenen Haushaltsdebatte einmal vor, was im Bildungsbereich Sache ist:

Sie sprechen immer von der Bildungsexplosion in Bayern. Hier muss man ehrlich sein. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Wenn wir einmal einen Zehn-Jahres-Vergleich anstellen, sind die Ausgaben für die Versorgung im Schulbereich um etwa 60 % gestiegen. Die Ausgaben für die Lehrer und die Schulen sind ohne Versorgungszahlungen um knapp 32 % gestiegen. Die Steigerung des Gesamthaushalts im Vergleichsrahmen 2005 bis 2014 stieg jedoch um 41 %. Somit besteht eine Schere zwischen der Entwicklung des Gesamthaushalts und der Entwicklung des Bildungshaushalts, die 9,2 Prozentpunkte ausmacht. Es kann keine Rede davon sein, dass die Steigerung des bayerischen Staatshaushalts vor allem der Bildung zugute käme. Die Zahlen beweisen leider das Gegenteil. Auch dies sollten Sie sich noch einmal im Haushaltsvollzug ansehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mehr Lehrer brauchen. Das wissen Sie auch. Dieser Haushalt gibt das aber leider nicht her.<sup>3</sup>

Claudia Stamm, haushaltspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, sagte in der gleichen Debatte – es handelte sich um die zweite Lesung des Doppelhaushalts 2013/2014 im Dezember 2012 – zum angeblichen Schwerpunkt Bildung:

Dann komme ich zu Ihrem angeblichen Schwerpunkt: zur Bildung. Wie der Kollege Thomas Gehring schon ausgeführt hat, ist es erstens völlig normal und üblich, dass ein Drittel des Staatshaushalts für die Bildung ausgegeben wird. Das ist in allen anderen Flächenstaaten der Fall.

Zweitens bitte ich Sie, einmal genau hinzusehen. Straßenbau in kommunaler Verantwortung wird von Ihnen teilweise bis zu 100 % finanziert. Aber dies stimmt nicht ganz; es sind ungefähr 96 %. Aber die

<sup>2</sup> M. Szymanski, „Haushalt: Bayern gibt erneut mehr Geld aus. Nach drei Tagen hat der bayerische Landtag den Doppelhaushalt für 2011 und 2012 beschlossen. Ministerpräsident Seehofer kommt ohne neue Schulden aus.“, sueddeutsche.de, 07-Apr-2011.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/haushalt-bayern-gibt-erneut-mehr-geld-aus-1.1082694>

<sup>3</sup> Aus dem Protokoll des Landtagsplenums vom 13.12.2012, zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)“, 12-Dez-2012, zitiert nach: „Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13465, [Online]. Verfügbar unter: <https://www.bayern.landtag.de/webangebot2/Vorgangsmappe?wp=16&typ=V&drsnr=13465&intranet=#pagemode=bookmarks>. [Zugegriffen: 29-Aug-2013]. Seite 955 des PDF-Dokuments

Sanierung von Schulgebäuden wird höchstens, allerhöchstens mit 50 %, meistens mit 30 % mitfinanziert. Wo ist denn da Ihr angeblicher Schwerpunkt Bildung? Das ist wirklich etwas anderes als dies.<sup>4</sup>

Christine Kamm, Landtagsabgeordnete der Grünen aus Augsburg, führte zu diesem Thema noch etwas genauer aus:

Ein wichtiger Punkt ist, dass viele Kommunen von der Substanz leben. Ich habe eine Anfrage an das Finanzministerium gestellt, auf welche Höhe sich nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung der Sanierungsstau bei Schulen, Kindertagesstätten und bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren beläuft. Die Antwort lautete: Erkenntnisse bzw. statistisches Material über einen aktuell bestehenden Sanierungsbedarf liegen dem Staatsministerium nicht vor. ...

Es wäre daher dringend nötig, dass Sie dem Antrag von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN zustimmen, wenigstens 40 Millionen für die Förderung der Sanierungsmaßnahmen durch Kommunen mehr einzustellen. ...

Der Krippenausbau ist auch ein etwas ärgerliches Thema. Sie müssten die Kommunen beim Unterhalt der Krippen besser unterstützen. Kosten- und Leistungsrechnungen zeigen: Drei Viertel der laufenden Kosten tragen derzeit die Kommunen. Interessant sind auch die kommunalen Schulen. Hier sieht man, wie wenig sich der Freistaat Bayern bei dieser Aufgabe engagiert. Lediglich ein Drittel der Personalkosten für kommunale Schulen wird vom Freistaat getragen. Das ist mehr als unzureichend.<sup>5</sup>

## **Die Schuldentilgung erfolgt nicht aus laufenden Mitteln sondern aus Rücklagen – Trick 9**

Im Januar 2012 überraschte Seehofer seine Partei, genauer gesagt die Landtagsfraktion, bei einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth mit einer extremen Zielvorgabe. Die Augsburger Allgemeine schrieb unter dem Titel „Seehofers Überraschung. Klausur. Gestern kurz vor 15 Uhr kündigt der bayerische Ministerpräsident das ehrgeizigste Vorhaben seiner Amtszeit an: In 18 Jahren soll Bayern komplett schuldenfrei sein. Auch die CSU-Fraktion wird von dem Plan völlig überrumpelt“:

Dann aber riss Ministerpräsident und Parteichef Horst Seehofer das Heft des Handelns mit Macht an sich. Er formulierte zur Überraschung seiner Landtagsabgeordneten ein extrem ehrgeiziges Ziel: Bayern soll bis 2030 seine gesamten Staatsschulden tilgen.<sup>6</sup>

Uli Bachmeier meldete in einem Kommentar der Augsburger Allgemeinen erhebliche Zweifel an:

Zwar kann man das Gerede vom ausgeglichenen Haushalt im siebten Jahr in Folge getrost als Propaganda abtun, weil dabei die selbst verschuldete Milliarden-Pleite der Landesbank ebenso konsequent verschwiegen wird wie die strukturellen Defizite, die sich in Krisenzeiten immer wieder zeigen. Doch im Vergleich zu anderen Bundesländern setzt Bayern wieder einmal eine neue Zielmarke. Damit hat die Seehofer-CSU ein Projekt, das es der Opposition um den SPD-Spitzenkandidaten Christian Ude schwer machen wird, den Abstand zur CSU weiter zu verkürzen. Sie kann nur versuchen, es als Wahlkampf-Taktik zu entlarven. Ob das Projekt tatsächlich Substanz hat, ist die andere Frage. Konkrete Antworten, woher die gigantischen Summen zur Schuldentilgung kommen sollen, hat die CSU noch nicht geliefert. Ohne Einsparungen und Personalabbau im Öffentlichen Dienst wird das ehrgeizige Ziel nicht zu erreichen sein.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> zitiert nach: „Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13465, a.a.O. Seite 940 des PDF-Dokuments

<sup>5</sup> zitiert nach: „Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13465, a.a.O. Seite 959f. des PDF-Dokuments

<sup>6</sup> AZ 19.1.2012

<sup>7</sup> Ebd.

Volkmar Halbleib von der SPD, stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, machte eine kurze und harte Bilanz auf für die Staatsregierung in der laufenden Legislaturperiode 2008 bis 2013:

Da wäre zum einen das große Wort von der Schuldentilgung zu nennen. Wir sollten auch bei diesem Doppelhaushalt die Haushaltswahrheit und -klarheit ernst nehmen, auch im politischen Sinne. Denn das, was hier stattfindet, ist keine echte, sondern maximal eine politische Schuldentilgung.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Sie sondern Luftblasen ab!)

– Herr Kollege, auch wenn Sie noch so vorlaut dazwischenrufen, sollte Ihnen doch klar sein, dass wir mit dieser Staatsregierung den größten Schuldenmacher in der Geschichte Bayerns haben. Das steht fest. Die Gesamtbilanz dieser Legislaturperiode lautet folgendermaßen: Am Wahltag des Jahres 2013 wird Bayern 8,5 Milliarden Euro mehr Schulden haben als am Wahltag des Jahres 2008. Das ist die Bilanz! 8,5 Milliarden Euro mehr Schulden in dieser Legislaturperiode unter dieser Staatsregierung.<sup>8</sup>

Volkmar Halbleib machte in der Landtagsdebatte zur zweiten Lesung des aktuellen Doppelhaushalts noch eine erstaunliche Feststellung. Nämlich, dass es gar keinen *Schuldentilgungsplan* gebe:

Von einem großen Schuldentilgungsplan, von dem lange Zeit die Rede war, ist weit und breit nichts zu sehen. Sie haben kein ökonomisches und auch kein rechtliches Konzept vorgelegt, das das Verhältnis von Schuldentilgung zu Steuereinnahmen einerseits zu den notwendigen Investitionen und Ausgaben andererseits widerspiegelt. Dazu haben wir von Ihnen nichts erfahren.<sup>9</sup>

Paul Wengert, früherer Oberbürgermeister von Augsburg, Landtagsabgeordneter aus dem Ostallgäu und Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags, sagte bei der zweiten Lesung des Doppelhaushalts 2013/2014, den die Landtagsopposition geschlossen ablehnte, sehr treffend zur „Schuldentilgung“:

Wahr ist, dass Sie Schulden tilgen. Das ist löblich. Das sind 1,06 Milliarden Euro in den beiden Haushaltsjahren. Wahr ist aber auch, dass für den neuen Doppelhaushalt insgesamt 1,16 Milliarden Euro aus Rücklagen, Fonds und Stöcken entnommen werden müssen. Die Schuldentilgung erfolgt somit nicht aus laufenden Mitteln, sondern vom Sparkonto. Darüber hinaus werden Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds abgeschafft sowie der bayerische Pensionsfond eingeführt. Man hat versucht, uns diesen mit schillernden Worten als positiv zu verkaufen. In Wirklichkeit ist das so, als wenn man zwei große Festgeldkonten mit Zuwachssparen abschaffen und durch ein kleines Sparschwein ersetzen würde, das man zu jeder Zeit und bei Bedarf mit dem Hammer zertrümmern kann. Bis zum Ende des Jahres 2014 beträgt die Minderzuführung gegenüber der alten Rechtslage vorsichtig gerechnet rund 1,3 Milliarden Euro ...<sup>10</sup>

Claudia Stamm, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen Fraktion, kritisierte bereits bei der ersten Lesung des Haushalts im September 2012 „Wahljahr-bedingte Ausgaben und Fehlinvestitionen im Haushaltsentwurf der Staatsregierung“ und einen großen Humbug bei der Schuldentilgung:

Gegenüber den Vorjahren haben sich die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien und der Staatskanzlei vervielfacht, insbesondere im Wirtschafts- und Finanzministerium.

Vorsorge für kommende Jahre bleibt dagegen auf der Strecke. Claudia Stamm: „Man muss nicht besonders genau hinschauen, um die riesigen Berge an versteckten Schulden zu sehen, um zu sehen, dass die Staatsregierung keine Vorsorge für die Zukunft trifft, also auf Kosten unserer Kinder haushaltet, dass es die PR-Abteilung ist, die im Haushalt am besten funktioniert, und dass die groß angekündigte Schuldentilgung

<sup>8</sup> zitiert nach: „Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13465, a.a.O. Seite 951 des PDF-Dokuments

<sup>9</sup> zitiert nach: „Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13465, a.a.O. Seite 952 des PDF-Dokuments

<sup>10</sup> zitiert nach: „Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13465, a.a.O. Seite 918 des PDF-Dokuments

allein aus den Rücklagen und nicht aus laufende Steuereinnahmen passiert. Das ist keine Tilgung, sondern eine Umbuchung.<sup>11</sup>

Claudia Stamm machte eine ziemlich genaue Berechnung auf, die eigentlich erschreckend ist:

2013 passiert das ja noch mit einem ausgeglichen aufgestellten Haushalt. 2014 – da ist die Wahl dann vorbei – der Haushalt wächst weiterhin. Allerdings wird dieser jetzt schon mit einem Finanzierungssaldo von 215 Millionen Euro veranschlagt, d.h. die Einnahmen decken nicht die Ausgaben. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen: Eine Staatsregierung, die Steuern ohne Ende einnimmt, die überall herumposaunt, dass sie in 28 Jahren schuldenfrei sein wird, die eine „Oase der Stabilität“ sein will! ...

Diese Staatsregierung stellt nach der Wahl einen Haushalt auf, der ein Finanzierungssaldo aufweist. Aber jetzt schauen wir uns doch die Rücklagen an: Die schmelzen nicht etwa dahin wie das Eis am Nordpol in Zeiten des Klimawandels sondern wie Speiseeis in der Sonne.

Stand zum 31.12.2011:	3,7 Mrd. Euro
Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2012:	2,205 Mrd. Euro
Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2013:	2,049 Mrd. Euro
Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2014:	1,8 Mrd. Euro

Was heißt das? Die Staatsregierung haushaltet auf Kosten unserer Kinder! Ich weiß, jetzt kommt bestimmt Unruhe – wie man so was sagen kann, obwohl doch gerade Bayern Schulden tilgt. Dazu gibt es ja ganz viel zu sagen, zu ihrem angeblichen Tilgungsplan.

Aber zunächst einfach nur zum Tilgen: Sie tilgen auf Kosten der zukünftigen Generationen. Es lässt sich gut verkaufen und besser verkaufen, zu tilgen – da wird man gern und gut und mehr gefeiert landauf, landab ...

Dieses Jahr tilgen Sie gut 500 Millionen Euro, Sie nehmen das aus den Rücklagen, um dann damit die Verbindlichkeiten zu bedienen.

Das muss man hier schon auch noch mal betonen. Sie sparen nicht – eben ganz im Gegenteil: Ein Haushalt nach dem anderen wächst. Sondern die Tilgung passiert allein aus der Rücklage. Also sie verfrühstücken unsere Rücklage und sorgen aber trotzdem nicht nachhaltig und gerecht für die Zukunft. ...

Sie tilgen Schulden auf Kosten der Vorsorge für die Beamten. Sie tilgen Schulden auf Kosten unserer Studierenden in Bayern! Denn Bayern steht hier fast allein da – und hält starr an den Studiengebühren fest. Investieren Sie lieber in die Zukunft – tun Sie etwas dafür, dass der Abschluss eines Kindes nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.<sup>12</sup>

Dass die Staatsregierung Schulden tilgt auf Kosten der Studierenden in Bayern, wurde ja nun Gott sei Dank gestoppt durch den Volksentscheid zur Abschaffung der Studiengebühren. Der Schuldentilgung auf Kosten der Vorsorge für die Beamten – wie hier kurz angesprochen – gebührt ein eigener Abschnitt.

*Peter Feininger*

*wird fortgesetzt*

Die ganze Artikelserie findet sich auf unserer Themenseite zur Landespolitik

[http://www.forumaugsburg.de/s\\_5region/Landespolitik/index.htm](http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/index.htm)

<sup>11</sup> „Doppelhaushalt 2013/2014, Erste Lesung: Bayern kann mehr! | Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag“, 28-Sep-2012. [Online]. Verfügbar unter: <http://www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/finanzen-und-haushalt/haushaltspolitik/doppelhaushalt-20132014-bayern-kann-mehr>. [Zugegriffen: 29-Aug-2013].

<sup>12</sup> „Bayern kann mehr! Rede von Claudia Stamm, MdL, haushaltspolitische Sprecherin zur ersten Lesung über den Doppelhaushalt 2013/14, Bayerischer Landtag, 108. Plenarsitzung am 25. September 2012“, 25-Sep-2012. [Online]. Verfügbar unter: [http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/12-09-25-stamm-doppelhaushalt\\_2013-14.pdf](http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/12-09-25-stamm-doppelhaushalt_2013-14.pdf). [Zugegriffen: 31-Aug-2013].